



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Bernhard Roos, Kathi Petersen SPD**

Drs. 17/19291, 17/21146

EU-Förderkulisse erhalten, Regional- und Strukturfonds nicht kürzen!

Der Landtag erteilt Überlegungen eine Absage, im Hinblick auf den künftigen EU-Haushalt ab 2021 die Mittel für die Kohäsionspolitik zu kürzen und die Förderung der Struktur- und Regionalpolitik aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) nur noch auf ärmere Mitgliedstaaten und Regionen zu beschränken.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Zuge der Anfang 2018 beginnenden Konsultation zur künftigen Kohäsionspolitik auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin entschieden dafür einzutreten, dass angesichts des großen europäischen Mehrwerts der Kohäsionspolitik für das wirtschaftliche Zusammenwachsen und den sozialen Zusammenhalt Europas sowie der enormen Bedeutung der EU-Regional- und Strukturpolitik für den Freistaat Bayern die Mittel in der neuen Förderperiode nach 2020 nicht gekürzt werden und auch künftig allen Mitgliedstaaten und Regionen bei Erfüllung der Vergabekriterien offenstehen.

Um die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der EU zu fördern, soll bei EU-geförderten Projekten vor Ort deutlicher als bisher sichtbar gemacht werden, dass die Gelder für diese großteils von der EU stammen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident